

Entwurf (Vorabauszug)

Außerhalb der Tagesordnung:

Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung

Die **Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen der SPD und der Grünen** stellten den **Antrag**, die Tagesordnung der heutigen Sitzung um folgenden Punkt zu erweitern:

Eingabe 365, Ilse Lange, betr. Schulwegsicherung an den Landesstraßen in Riede-Felde.

Der Ausschuss hatte diese Eingabe, zu der der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr empfohlen hatte, sie der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, in seiner 154. Sitzung am 30.8.2017 und in seiner 155. Sitzung am 6.9.2017 beraten und die Beschlussfassung zurückgestellt.

Zu dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung ergab sich eine längere **Aussprache**, in der die **Sprecher der Fraktionen der CDU und FDP** insbesondere geltend machten, dass die Eingabe aus haushalterischer Sicht noch nicht beratungsreif sei.

Der **Ausschuss** lehnte den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen ab.

*

Die **Aussprache** verlief wie folgt:

Abg. **Renate Geuter** (SPD): Wir haben in den letzten beiden Sitzungen über die Eingabe 365 zum Thema Schulwegsicherung gesprochen. Die Federführung für diese Eingabe liegt beim Wirtschaftsausschuss; der Haushaltsausschuss ist mitberatend. Wir haben die Mitberatung in der letzten Sitzung nicht abgeschlossen. Ich möchte darum bitten, diese Eingabe heute auf die Tagesordnung zu nehmen und sie abschließend zu beraten.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Darauf sind wir nicht vorbereitet. - Hat denn der Fachausschuss zwischenzeitlich dazu getagt?

Abg. **Renate Geuter** (SPD): Der Fachausschuss hatte ein einstimmiges Votum abgegeben.

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Wir stellen den Antrag, diese Eingabe heute auf die Tagesordnung zu setzen. Darüber sollte abgestimmt werden. Die Petition ist nach meiner Kenntnis mit der Bitte vertagt worden, sich noch einmal informieren zu können. Das müsste in der Zwischenzeit eigentlich erfolgt sein.

Sollte die Mehrheit aus CDU und FDP der heutigen Behandlung nicht zustimmen, wäre dies ein deutliches Signal an die Petenten, die sich vor Ort für die Schulwegsicherung einsetzen. Es wäre schon einmalig, wenn, nachdem der Fachausschuss ein einstimmiges Votum abgegeben hat, sich der Haushaltsausschuss nicht in der Lage sähe, sich dem anzuschließen, und sich so vor einer Wahl um ein Votum zu dieser wichtigen Petition drückt.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Herr Schmidt, Sie beantragen zu Beginn der Sitzung, etwas auf die Tagesordnung zu setzen, worauf niemand vorbereitet war. Das haben Sie vorher nicht angekündigt, das ist Ihnen wahrscheinlich erst heute Morgen eingefallen. Wir müssen mit unseren Fachleuten darüber sprechen. Wenn die Eingabe auf der Tagesordnung ausgewiesen gewesen wäre, wäre das in den letzten Tagen auch passiert.

Insofern können wir darüber nicht befinden. Aber Petitionen fallen ja auch nicht der Diskontinuität anheim. Die Petition wird also bleiben, und wir werden zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Die Beratung der Petition ist zurückgestellt worden, weil hier im Ausschuss schwerwiegende Bedenken geäußert worden sind, was die Finanzierung und die Prioritätenliste angeht. Im Wirtschaftsausschuss - ich habe das noch einmal nachgelesen - ist kein Wort dazu gefallen, wo die Mittel dafür eingespart werden oder wo sie weggenommen werden sollen. Um diese Entscheidung drücken Sie sich. Als Sie noch eine Mehrheit hatten, haben Sie es liegen gelassen, und seitdem Sie keine Mehrheit mehr haben, drängen Sie darauf, dass das nach dem Motto „Augen zu und durch“ behandelt wird. - Wir können ja auch gerne mal mit denen, die weiter oben auf der Prioritätenliste stehen, darüber diskutieren, was die davon halten.

Die Petition wird hier sachgerecht beraten. Aber heute kann das nicht erfolgen, und deswegen kommt sie heute auch nicht auf die Tagesordnung.

Entwurf (Vorabauszug)

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Der Antrag ist gestellt, und ich will ihn deutlich begründen:

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hat für diese Petition einstimmig „Berücksichtigung“ empfohlen. Er hat das eingedenk dessen getan, dass man für das Projekt, das dort in Rede steht, um die Schulwegsicherheit herzustellen, auf Haushaltsreste zurückgreifen könne.

Mit dieser Maßgabe, also dass das Projekt über Reste finanziert werden soll, könnte der Niedersächsische Landtag, hier empfohlen durch den Haushaltsausschuss, ein Signal senden, sodass wir in der kommenden Woche im Plenum diese Petition mit „Berücksichtigung“ beschließen könnten, hoffentlich einstimmig. Damit könnte man den Bürgerinnen und Bürgern und vor allen Dingen den Eltern dort das Signal geben, dass, wenn Haushaltsreste zur Verfügung stehen - und nur dann! Sonst geht das den ordentlichen Gang über die Prioritätenliste -, die Schulwegsicherheit hergestellt werden kann.

Herr Hilbers, Sie haben kein einziges Argument gebracht, warum Sie diese Petition hier nicht abschließend beraten wollen. Ein Argument kann vielleicht sein, dass Sie Ihren Fraktionskollegen, die im Wirtschaftsausschuss einstimmig für „Berücksichtigung“ gestimmt haben, nicht vertrauen. Wenn das so ist, müssen wir das so feststellen. Aber gut wäre das nicht.

Abg. **Renate Geuter** (SPD): Ich erinnere an die Diskussion in der letzten Sitzung. Dort ist deutlich gemacht worden, dass die CDU-Fraktion noch einmal Rücksprache mit den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses nehmen wollte. Wir haben das ebenfalls getan.

Der Kollege Schmidt hat darauf hingewiesen, dass es uns nicht darum geht, irgendwelche anderen Projekte zu behindern oder zu verhindern, sondern darum, diesem Anliegen der Eltern, die schon sehr, sehr lange Druck machen, endlich zu entsprechen. Wenn Sie das nicht mitmachen wollen, dann ist das auch ein Signal.

Abg. **Gerald Heere** (GRÜNE): Zu dem Hinweis von Herrn Hilbers, dass das so plötzlich und unerwartet gekommen sei, verweise ich auf das uns zugegangene Protokoll der Sitzung vom 6.9. Weil das im nicht öffentlichen Teil war, darf ich daraus nicht zitieren. Aber ich darf darauf verweisen, dass ich da schon angemahnt habe, diese Eingabe

in dieser Woche wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Zumindest hier im Haushaltsausschuss sollten wir wissen, dass Geld nicht beliebig vermehrbar ist. Insofern: Egal ob es sich um Haushaltsreste oder um tatsächliche Mittel im Haushalt handelt - man würde damit ein Projekt, das in der Prioritätenliste des Geschäftsbereichs nicht an erster, sondern an fünfter Stelle steht, vier anderen Projekten vorziehen.

Herr Schmidt, Sie haben heute auf Haushaltsreste verwiesen. Von Haushaltsresten war in der letzten Woche aber gar nicht die Rede. Vielmehr ist gesagt worden, dass im Haushalt ein Budget von 5 Mio. Euro zur Verfügung steht und allein diese Baumaßnahme 1 Mio. Euro kostet. Das heißt, wir würden 20 % des Radwegbudgets für das gesamte Land Niedersachsen für ein Radwegprojekt ausgeben. Dann muss man auch sagen, woher das Geld kommen kann.

Aus meiner Sicht hat sich die Sachlage nicht geändert. Ich bin auch davon ausgegangen, dass mit diesen Informationen noch einmal in den Fachausschuss gegangen wird. Wie gesagt, die Haushaltsreste waren hier in der letzten Woche kein Thema, sondern es ging immer nur darum, das aus dem ganz normalen Budget zu finanzieren.

Ich lehne die Petition nicht ab, aber ich halte sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht für beratungsreif.

Abg. **Adrian Mohr** (CDU): Wir könnten es uns ja leicht machen - es geht ja sogar um meinen Wahlkreis - und uns dem einstimmigen Votum des Fachausschusses anschließen. Aber wir wollen es richtig machen! Die Bedenken sind ja deutlich geworden.

Herr Heere hat auf das Protokoll der letzten Sitzung verwiesen und gesagt, daraus dürfe er nicht zitieren, weil es eine nicht öffentliche Beratung war. Dass eine SPD-Landtagskandidatin aus der nicht öffentlichen Beratung des Ausschusses Zitate an die örtliche Bürgerinitiative weitergibt, müsste vielleicht auch noch einmal aufgerollt werden. Das ist nicht in Ordnung - wobei natürlich auch klar ist, dass jeder, der sich hier äußert, vor Ort zu seiner Position stehen muss.

Hier wird jetzt auf Haushaltsreste verwiesen. In der Beratung in der letzten Woche wurde klar, dass das Projekt noch gar nicht durchgeplant ist.

Entwurf (Vorabauszug)

Im Wesentlichen geht es um einen Radweg, der 1 Mio. Euro kosten soll, bei dem aber noch nicht einmal Planungskosten vorgesehen sind.

Insofern ist das, was hier suggeriert wird, nichts anderes als Wahlkampf. Das ist total unseriös: Sie schüren die Hoffnung, dass, wenn der Wirtschaftsausschuss und der Niedersächsische Landtag diese Petition mit „Berücksichtigung“ beschneiden, dieses Problem kurzfristig gelöst sein würde. Aber das ist einfach die Unwahrheit. So kommen wir nicht ans Ziel.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Wir lehnen die Eingabe ja gar nicht ab. Aber es haben sich hier schwerwiegende haushalterische Bedenken ergeben, die bisher nicht ausgeräumt worden sind. Die räumt man auch mit Haushaltsresten nicht aus, weil die Haushaltsreste für das herangezogen werden, was in diesem Jahr noch oben auf der Prioritätenliste steht, und nicht, um Maßnahmen nach oben zu ziehen. Das wäre im Übrigen ja auch eine tolle Haushaltstechnik: Durch Liegenlassen erzeugt man Haushaltsreste und setzt diese dann für Sonderprojekte ein, die man hier im Einzelnen beschließt. Das würde Prioritätenlisten ad absurdum führen.

Die Finanzierung ist nicht sichergestellt. Aus dem Grund nehmen wir das heute nicht auf die Tagesordnung. Um es ganz klar zu sagen: Wir lehnen nicht die Petition ab, sondern wir lehnen es ab, sie heute zu behandeln.

SPD und Grüne wollen die Petition in einem Zustand behandeln, in dem sie aus haushalterischer Sicht nicht beratungsreif ist. Die Petition mag im Wirtschaftsausschuss ja vor dem Hintergrund der Frage diskutiert worden sein, ob das ein sinnvolles Verkehrsprojekt ist. Aber wir als Haushaltsausschuss werden ja bewusst beteiligt, um die haushaltspolitischen Fragestellungen zu erörtern. Und die sind im Wirtschaftsausschuss eben nicht erörtert worden.

Noch einmal: Wir sehen keine Grundlage, die Eingabe heute zu erörtern, weil die entsprechenden Unterlagen nicht vorliegen. Die Beratungsreife ist nicht gegeben. Wir lehnen Ihren Wunsch, das heute auf die Tagesordnung zu nehmen, ab.

Abg. **Gerald Heere** (GRÜNE): Über die Haushaltsfragen haben wir in der letzten Woche diskutiert. Das brauche ich nicht zu wiederholen.

Herr Hilbers, Sie haben in der letzten Woche angemahnt, dass Sie mit Ihren Leuten Rücksprache halten wollen. Ich stelle fest: Das haben Sie nicht getan, jedenfalls nicht mit einem Ergebnis, obwohl es ein einstimmiges Votum des Wirtschaftsausschusses gibt.

Und zu dem Hinweis von Herrn Grascha, die Eingabe hätte zurück in den Wirtschaftsausschuss gehen sollen: So funktioniert das nach der Geschäftsordnung nicht. Die Eingabe würde nur dann zurückgehen, wenn Sie sie ablehnen. Dann lägen unterschiedliche Voten der beteiligten Ausschüsse vor und der federführende Ausschuss müsste sich erneut damit befassen.

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Ich hätte gern einen Vorabauszug aus der Niederschrift zu diesem Punkt. Dann kann sich die breite Öffentlichkeit ein ausgewogenes Bild über diese Diskussion machen.
